

## Demokratie – Voraussetzung für Frieden?

Um diese Fragestellung zu klären, müssen zunächst Demokratie und Frieden definiert werden. Demokratie wird gemeinhin als Gesellschaftssystem verstanden, in dem Herrschaft durch freie und gleiche politische Partizipation legitimiert wird. Während man leicht ein Verständnis für den Demokratiebegriff erlangen kann, ist der Friedensbegriff schwerer zu greifen. Oft bezeichnet er nur die Abwesenheit von Krieg oder direkter physischer Gewalt. Viele Friedensforscher sprechen sich daher für Johann Galtungs differenziertere Definition aus, nach der Frieden neben dem Zustand des negativen Friedens auch positiven Frieden umfasst, welcher eine Zunahme sozialer Gerechtigkeit und die Schaffung einer Kultur des Friedens zwischen Menschen beinhaltet.

Diese friedliche und stabile Gesellschaft lässt sich nach Dieter Senghaas erreichen, wenn sie in sechs zusammenhängenden „Dimensionen“ gedacht wird, die er in seinem Modell des „Zivilisatorischen Hexagon“ zusammenfasst. Seinen Kriterien nach zu urteilen müsste langfristiger innerstaatlicher Frieden besser in Demokratien als in Nicht-Demokratien zu erreichen sein. Allerdings lassen sich prominente Autokratien wie China, Singapur, Saudi-Arabien und Ruanda als Gegenbeispiele nennen, die zeigen, dass langandauernder innerstaatlicher Frieden auch in Gesellschaften bestehen kann, in denen persönliche und politische Freiheiten erheblich eingeschränkt sind.

Kann die Demokratie aber als Voraussetzung für Frieden auf internationaler Ebene angesehen werden? Grundsätzlich scheint dies einleuchtend, da die friedliche Beilegung von Konflikten ein Wesensmerkmal der Demokratie darstellt und Gewalt innerhalb demokratischer Gesellschaften als illegitim gilt. Auch Immanuel Kant stützt diese These mit seinem Konzept des „ewigen Friedens“. Danach haben die Menschen einer Gesellschaft kein Interesse an dem unermesslichen Leid und den großen Kosten, die durch kriegerische Handlungen entstehen. Bürger demokratischer Gesellschaften nutzen ihre Beteiligungsrechte in einer Weise, die dem Frieden zugutekommt. Im Gegensatz dazu handeln autoritäre Herrscher ohne zwingende Zustimmung der Bevölkerung, weshalb erwartet werden kann, dass diese eher gewaltsame Konflikte beginnen.

Beispiele wie die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Irak und den USA, Israel und der Hamas sowie Russland und der Ukraine zeigen jedoch, dass Demokratien durchaus sowohl als Angreifer als auch Angegriffener in gewaltsame Konflikte verwickelt sein können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl in Demokratien als auch in Nicht-Demokratien Frieden und Krieg möglich sind und dass Demokratie trotz ihrer theoretischen und praktischen Vorteile keine absolute Garantie für Frieden bietet.